

RP-WIRTSCHAFTSFORUM

## „Wir sehen ein neues Zeitalter“

Derzeit wird viel diskutiert, welche Folgen die Präsidentschaftswahl in den USA für Amerika, Europa und die Welt hat. Beim RP-Wirtschaftsforum „Transatlantische Wirtschaft nach der Wahl!“ haben sich renommierte Kenner der Beziehungen zwischen den USA und Europa gemeinsam mit Unternehmern aus der Region Gedanken darüber gemacht, wie sich das Verhältnis der Partner künftig wohl entwickeln wird.

VON PATRICK PETERS

Kaum ein Ereignis in diesem Jahr hat für so viele Diskussionen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gesorgt wie die Wahl des republikanischen Kandidaten Donald Trump zum 45. US-Präsidenten. Was bedeutet das für die ökonomischen und geopolitischen Beziehungen? Wird Trump seine protektionistischen Ankündigungen wahrnehmen? Wie wird er mit Europa umgehen, auch sicherheitspolitisch? Über diese und andere Fragen diskutierten die Teilnehmer des RP-Wirtschaftsforums „Transatlantische Wirtschaft nach der Wahl!“, zu dem die Rheinische Post gemeinsam mit UPS Deutschland eingeladen hatte.

Eine sehr dezidierte Meinung vertritt John Kornblum, ehemaliger US-Botschafter in Deutschland. Für ihn markiert die Wahl Donald Trumps eine historische Zäsur, sie sei ein „Symbol für eine Veränderung, die bereits begonnen hat. Europa muss sich jetzt zu einem Partner der USA weiterentwickeln. Wir sehen ein neues Zeitalter, die traditionelle deutsch-amerikanische Freundschaft existiert in dieser Form nicht mehr.“

Das gilt auch für die Sicherheitspolitik. Die Verteidigungsausgaben in den USA sind laut John Kornblum wesentlich höher als die aller 28 EU-Mitgliedsstaaten zusammen, und Donald Trump hat einige Male klar gemacht, dass er von den europäischen Partnern ebenfalls höhere Beteiligungen erwartet. John Kornblum formuliert die Folge aus diesen Forderungen: „Europa muss jetzt erwachsen werden und kann sich nicht mehr blind auf die USA verlassen.“

Ein neues Zeitalter könnte auch in der Handelspolitik anbrechen – oder vielleicht doch nicht? Im Wahlkampf hat Do-

nald Trump den Begriff „America first“, Amerika zuerst, geprägt, und das auch wirtschaftlich gemeint. Höhere Zölle und weniger Import wären die Folge daraus – ein Problem für Staaten wie Deutschland, die mit den USA einen deutlichen Exportüberschuss erzielen. Deshalb steht beispielsweise für Frank Martin-Vazquez vom Automatisierungsspezialisten Laird Controls Europe bei der ganzen Debatte um die US-Wahl vor allem die Frage im Vordergrund, welche Auswirkungen Donald Trump haben könnte. Frank Sportolari, Deutschland-Chef des Logistikers UPS, ist der Auffassung, dass Trump kaum alles wahrnehmen wird,

**„Europa muss jetzt erwachsen werden und kann sich nicht mehr blind auf die USA verlassen“**

was er verkündet hat. „Ich gehe davon aus, dass wir keine Holzhammermethoden in der Handelspolitik sehen werden. Die Wirtschaft profitiert schon davon, dass im Frühjahr dieses Jahres die Freigrenze für zollfreie Waren von 200 auf 800 Euro angehoben wurde.“

Das bestätigt auch Mehmet Alper Özsevim, Geschäftsführer von AT Parts aus Leverkusen, einem Experten für Luftfederungssysteme. „Die höhere Freigrenze hilft uns bereits. Die USA sind ein spannender Markt, in dem wir gerade viel in den Vertrieb investiert haben. Wir hoffen natürlich, dass der neue Präsident das nicht erschwert.“ Darauf weist auch Andy Mikutta vom Systemhaus für Broadcast- und Medieninstallationen Thum & Mahr. „Die USA sind Medienland Nummer 1 und ein wichtiger Exportmarkt für uns. Die Ankündigungen von höheren

Zöllen und mehr Nationalismus machen uns jedoch Sorgen.“ Zölle stehen auch für Stephan Otto (Otto Gourmet) im Fokus. Der Fleisch- und Spezialitätengroßhändler bezieht rund 35 Prozent seines Fleisches aus den USA.

Überhaupt sind die USA für eine Vielzahl der mittelständischen Unternehmer, die am RP-Wirtschaftsforum „Transatlantische Wirtschaft nach der Wahl!“ teilgenommen haben, ein ausgesprochen wichtiger Handelspartner. „Wir erwirtschaften mit unserer US-Niederlassung zehn Prozent unseres Umsatzes“, sagt Klaus Kiunke vom Modellautohändler Model Car World. Dr. Rüdiger Ostrowski, Geschäftsführer des Verbandes Spedition und Logistik Nordrhein-Westfalen, betont, dass die Branche vom freien Warenaustausch – natürlich auch mit den USA – abhängig sei, und Adem Aydeger vom internationalen Mobilfunkgroßhändler h-o-t-phone stellt den Handel mit den USA als wichtigen Baustein des Unternehmens heraus. Stark geprägt vom US-amerikanischen Markt ist auch das Geschäft von Axel Hebmüller, dessen Firma sowohl von US-amerikanischen Kunden als auch Lieferanten stark abhängig ist, ebenso ist der Standort USA äußerst wichtig für das Modeunternehmen Ulla Popken, das dort seit vielen Jahren über Katalog und Online-Geschäft tätig ist, wie Geschäftsführer Thomas Schneider betont. Auch Kirk Vogel, Leiter des US-Desk bei der Großbank HSBC, nach eigenen Aussagen eine der weltweit größten Banken für Handelsfinanzierungen, betont die Bedeutung des freien Handels für deutsche Unternehmen. Wilfried Lethert von E.I.S. Aircraft weist darauf hin, dass sein Unternehmen ab dem kommenden Jahr das US-Unternehmen Boeing beliefern werde – auch dafür sei



eine offene Handelspolitik unerlässlich. Und als Anbieter von weltweiten Infrastruktur-Lösungen sei auch für das IT-Haus aus Trier wichtig, dass in Wirtschaft und Handel Offenheit vorherrsche, wie Geschäftsführer Dr. Thomas Simon ausführt.

Weniger Sorgen machen sich Frank Schu, Brilliant Sonnergie, und Carsten Nölgen, US-Experte bei KPMG in Deutsch-

land. Frank Schus Unternehmen mache viel USA-Geschäft – „wir haben keine Angst vor Veränderungen“. Und Wirtschaftsprüfer Carsten Nölgen stellt heraus, dass viele Unternehmer, obwohl sie die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen Trumps in Europa negativ bewerten, sogar positive Entwicklungen für ihr eigenes Geschäft erwarteten. Marianne Mahr (Thum & Mahr) er-

gänzt zur Wahl Donald Trumps: „Ich bin absolut erstaunt über die Wahl Donald Trumps und dass auch viele Frauen ihn gewählt haben.“ Dass die Aussagen, Donald Trump sei fast ausschließlich von Männern aus unteren Schichten gewählt worden, falsch seien, betont Dr. Alexander Schröder-Frerkes, Rechtsanwalt und Partner der Wirtschaftskanzlei Bird & Bird:

„Neben den Frauen hat auch die Elite Trump gewählt.“ Für Emil Cete von der International School on the Rhine (ISR) hat die Wahl Donald Trumps jedoch auch zur Rückkehr von Politikinteresse geführt. Vermögenspsychologe und Zukunftsforscher Prof. Dr. Thomas Druyen sieht aufgrund des Auftretens des neuen Präsidenten einen „Event-Charakter in der Politik“.



**Wir sind nicht nur im Logistik-Business. Wir sind ein Problemlösungs-Unternehmen.**

Mit unseren über 400.000 Mitarbeitern weltweit sind wir für Sie da, Ihnen zu helfen, von der Planung bis zur Umsetzung – egal, um was „es“ geht. Unser globales Versandteam kann helfen, Lösungen zu finden, mit denen Ihr Geschäft wachsen und international expandieren kann. Weiterhin können wir helfen, Ihre Lieferkette mit unserem Fachwissen und unserer innovativen Technologie zu optimieren. Wir nutzen die richtigen Geschwindigkeiten, damit Sie noch effizienter arbeiten können. Finden Sie alle Lösungen auf [ups.com/solvers/de](http://ups.com/solvers/de).



ups united problem solvers™

© 2016 United Parcel Service of America, Inc. Alle Rechte vorbehalten.



Das Freihandelsabkommen TTIP wurde beim RP-Wirtschaftsforum „Transatlantische Wirtschaft nach der Wahl“ diskutiert. FOTOS: ALOIS MÜLLER

# USA und Europa: Die Zukunft ist ungewiss

Selbst Experten stehen vor einem Rätsel: Selten war so wenig abschätzbar, welchen strategischen Linien ein Staatslenker folgen wird. Renommierte Beobachter haben beim RP-Wirtschaftsforum „Transatlantische Wirtschaft nach der Wahl!“ ihre Einschätzungen mitgeteilt, welche Konsequenzen die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten haben könnte. (Fortsetzung siehe Seite E3)

## Marketing ersetzt Politik

(jgr) Weniger überrascht über den Wahlausgang in den USA zeigt sich Tom Bender, Geschäftsführer der Rheinische Post Verlagsgesellschaft, der seit 21 Jahren seinen Zweitwohnsitz in Florida hat. „Das Bild war sehr zweigeteilt. Die Medien transportierten Umfragen, die lange Clinton klar vorne sahen. Doch wer auf der Straße zuhörte, merkte, dass sich der Machtwechsel andeutete“, sagt Bender.

Während es für einen Großteil der Deutschen schwer vorstellbar war, dass Trump nach seinen Äußerungen zu Latinos und Frauen gerade von diesen gewählt werden könne, zeigen die Fakten ein anderes Bild. „Da staunt man schon, dass im Swing State Florida 46 Prozent der Frauen und 34 Prozent der Latinos Trump gewählt haben. Im Übrigen haben 49 Prozent der Wähler mindestens eine College-Ausbildung“, erklärt Bender und ergänzt: „Hier ging es nicht immer um Politik, sondern um hervorragendes Marketing.“

Zu Trumps Strategie gehöre – so Bender –, „mit den Erwar-

tungshaltungen der Menschen zu jonglieren.“ Das zeige sich auch nach der Wahl, als Trump nicht wie im Wahlkampf polarisierend auftrat, sondern eher ruhig. „Da hat er sich wieder neu erfunden“, kommentiert Bender den Wandel. „Trump übt anscheinend gerade seine künftige Rolle, wie man in Interviews erkennen kann.“ Viel hänge nun von den Beratern ab, mit denen sich der neue Präsident umgeben wird. „Auch Trump kann und wird nicht gegen die Mehrheit der Amerikaner regieren.“



Tom Bender, Geschäftsführer der Rheinische Post Verlagsgesellschaft  
FOTO: MICHAEL LÜBKE

## Vieles immer noch offen

(jgr) „Der Souverän hat gewählt, das müssen wir akzeptieren“, sagt Bernhard Mattes, Präsident der American Chamber of Commerce in Germany (AmCham Germany), zum Ausgang der Präsidentschaftswahl in den USA. „Was jetzt kommt, können wir noch nicht einschätzen.“ Noch sei ja offen, wie das Regierungsprogramm aussieht. Dass die Börse zulegt, wundert den Wirtschafts-Profi nicht: „Die angekündigten Steuersenkungen und Infrastrukturprogramme beflügeln die Kurse.“ Die Unternehmen selbst halten sich

aber nach seiner Beobachtung mit Kommentaren zurück: „Sie warten ab, welche Rahmenbedingungen die Regierung setzen wird.“

Bernhard Mattes selbst äußert sich hingegen schon jetzt pointiert: „Wir leben in einer globalen Welt, die durch die Digitalisierung noch enger zusammenwachsen wird.“ Die Garantie eines freien und fairen Handels sei dafür eine notwendige Rahmenbedingung. „Abschottung funktioniert nicht“, betont Mattes. Wer sich abschotte, sei bald auch abgekoppelt.



Bernhard Mattes, Präsident der American Chamber of Commerce in Germany

Als Vorsitzender der Geschäftsführung der Kölner Ford-Werke hat Mattes als Beispiel die Autoindustrie vor Augen. Sie sei global vernetzt und deswegen auf genau diesen freien und fairen Handel angewiesen. Denn nur auf dieser Basis könne die Industrie die Aufgaben der Zukunft meistern und für wachsende Megacities bei zunehmend drängender Umweltthematik die Mobilität der Zukunft sichern. „Zusätzliche Beschränkungen wären kontraproduktiv für eine schnelle Entwicklung und die Deckung des Bedarfs.“

Schon während der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP haben sich nach seiner Beobachtung manche Hürden als sehr zahl erwiesen, wenn es etwa um den Zugang zu öffentlichen Aufträgen in den USA ging. „Dann kam noch der Brexit dazu, der womöglich zusätzliche Handelshemmnisse zur Folge hat.“ Doch der AmCham Germany-Präsident gibt die Hoffnung nicht auf: „Man darf das Abkommen nicht beerdigen.“ Damit der freie und faire Handel doch noch eine Chance hat.

## Neue Barrieren vermeiden

(jgr) Auch ohne Trump wehte aus den USA ein kalter Gegenwind für die Globalisierung und den freien Handel. „Wir gehen davon aus, dass für die Freihandelsabkommen TTIP und TTP schwierige Zeiten anbrechen“, meint denn auch Frank Sportolari, Präsident des Logistikdienstleisters UPS Deutschland. Nicht nur das: „Wenn Trump meint, Strafzölle gegen China verhängen zu können, wird er scheitern“; eine solche Politik werde schnell zu Krisen führen.

Die Welt ist mittlerweile umfassend vernetzt, „überall sind viele Menschen vom internationalen Handel abhängig“, sagt Sportolari aus seinem ei-



Frank Sportolari ist Präsident des Logistikdienstleisters UPS Deutschland.  
FOTOS: ALOIS MÜLLER

genen Erfahrungsbereich. Damit hängen auch viele Regionen zusammen, die auf den

ersten Blick vielleicht nichts miteinander zu tun haben: „Wenn zum Beispiel Investitio-

nen in Mexiko blockiert werden, hat das Auswirkungen auf uns alle“, ist Sportolari überzeugt.

Er will allerdings noch kein Horrorszenario malen: „Erst wenn wir Trumps Regierungsmannschaft kennen, können wir abschätzen, wohin die Reise geht.“ Überrascht zeigte sich der UPS Deutschland-Chef von den ersten Auftritten des gewählten Präsidenten: „Seine erste Rede war ja erstaunlich positiv. Er sprach ja wie ein Demokrat, als er sein Ein-Billion-Dollar-Programm für Infrastruktur-Investitionen vorstellte.“ Das könne die Wirtschaft ankurbeln. Auch Steuersenkungen und Deregulierung

könnten einen Boom entfachen. „Dabei wird aber hoffentlich nicht auf der anderen Seite viel zerstört“, hofft Sportolari, der dabei etwa an Konsequenzen für die Umwelt denkt.

Kritisch sei die Situation für den Mittelstand, warnt Sportolari. Bei möglichen Verwerfungen können internationale Konzerne auf weltweite Ressourcen zurückgreifen und gegebenenfalls Ausweichstrategien fahren, kleine Unternehmen hingegen nicht. „TTIP und andere Verträge würden für sie vieles leichter machen“, sagt der Experte. „Es ist daher wichtig, dass keine neuen Barrieren aufgebaut werden.“

## IHR DIREKTER WEG ZU NEUEN WACHSTUMS- CHANCEN. UNSER WELT- WEITES NETZWERK.

Wenn Sie international wachsen wollen, unterstützt Sie die HSBC-Gruppe mit lokalem Know-how und Experten in über 70 Ländern vor Ort. Nutzen Sie unsere individuelle Beratung, unsere Kontakte und Expertise zur Optimierung Ihrer internationalen Handels- und Unternehmensfinanzierung.

Was können wir für Sie tun?

www.hsbc.de

Düsseldorf · Baden-Baden · Berlin · Dortmund · Frankfurt · Hamburg  
Hannover · Köln · Mannheim · München · Nürnberg · Stuttgart

# Trump vor großen Herausforderungen

(jgr) Wer hat eigentlich Donald Trump gewählt? Es waren „Menschen, die leiden“, sagt der frühere US-Botschafter in Deutschland, John Kornblum. In den Industrieregionen haben viele ihre Arbeit verloren; sie machen dafür die Globalisierung verantwortlich. Und überhaupt verändert sich die Welt derzeit radikal – für einen großen Teil der Bevölkerung in den USA zu radikal, stellt Kornblum fest. Das Klima ist ihnen zu tolerant. So akzeptieren viele zum Beispiel die Homoehe nicht.

Trump habe in diesem Klima seine Chance erkannt, erklärt Kornblum. Damit habe der nun gewählte Präsident im Übrigen nicht nur Hillary Clinton und die Demokraten abgehängt, sondern zuvor bereits alle Kandidaten der Republika-



Der frühere US-Botschafter in Deutschland: John Kornblum

ner. „Trump hat am besten verstanden, dass der Gesellschaftsvertrag der Nachkriegszeit zerfällt und Emotionen die Vernunft ersetzen“, beschreibt Kornblum Trumps Erfolgsrezept.

Doch nun muss der neue Präsident zeigen, dass er halten kann, was er versprochen hat. Das könnte schwer werden, vermutet Kornblum. „Eines der größten Probleme ist die Frage: Wie finanziert er sein Infrastrukturprogramm?“ Kredite dafür aufzunehmen dürfte bei den Republikanern nicht auf Gegenliebe stoßen. Die Partei fordere schon lange, dass der Staat keine neuen Schulden macht. Als Möglichkeit wird immer wieder eine Privatisierung der Verkehrsinfrastruktur ins Spiel gebracht. Doch auch dies sei nicht ohne

weiteres einfach umzusetzen, warnt Kornblum. Bleibt der internationale Rückzug. Trump hat ja bereits angekündigt, dass sich die USA künftig nicht mehr so stark im Ausland engagieren und Partner an der Finanzierung für militärische Aufwendungen stärker beteiligen wollen. Doch auch hier sieht Kornblum enge Grenzen für die neue Politik. Denn gleichzeitig habe Trump ja angekündigt, bei möglichen Angriffen zurückschlagen zu wollen. Das stehe im Gegensatz zu einer möglichen Reduzierung der Auslandsaktivitäten. Unterm Strich sieht Kornblum in der Wahl Trumps keine Katastrophe – auch nicht für die transatlantischen Beziehungen: „Ich erwarte, dass man zu einem Stil der sachlichen Diskussion zurückfinden wird.“

# Europa ist nun gefordert

(jgr) „Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl wird das transatlantische Verhältnis insgesamt und möglicherweise auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und Europa tiefgreifend verändern“, ist Wolfgang Clement überzeugt. Was aber nicht nur negativ zu bewerten ist, meint der frühere Bundeswirtschaftsminister und NRW-Ministerpräsident. So könne die Politik Trumps zum Beispiel hilfreich sein, um Europa zur Übernahme von mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit und auch zu erheblich stärkerem finanziellem Engagement für die Verteidigung zu zwingen. „Wir halten unsere Verpflichtungen nicht ein. Die zugesagten zwei Prozent unseres Bruttosozialproduktes für die Verteidigung würden allein von Deutschland rund 20 Milliarden Euro Mehrausgaben erfordern.“



Wolfgang Clement war NRW-Ministerpräsident und Bundeswirtschaftsminister.

protektionistischer Wachstums- und restriktiver Handelspolitik“. Das Freihandelsabkommen TTIP sei wohl tot, wenn man Trump beim gesprochenen Wort nehme. Auch Schutzzölle seien dann möglich. Das würde „erhebliche Konflikte“ nach sich ziehen, warnt Clement, der auch Vorsitzender des Kuratoriums der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist. Restriktionen und Gegenmaßnahmen könnten katastrophale Wirkungen entfalten.

Als eine Ursache für den Populismus – nicht nur in den USA – sieht er Folgen der Globalisierung, die zwar volkswirtschaftlich außerordentlich produktiv wirke, aber vor allem in den hochentwickelten Ländern auch viele Jobverlierer hervorbringe. Das sei besonders in den USA der Fall. „Wir brauchen hier eine andere Strukturpolitik“, sagt Clement, der dabei an nicht von den öffentlichen Händen, sondern privat finanzierte Infrastrukturprojekte denkt.

# Bessere Kommunikation nötig

(jgr) Der gewählte neue Präsident der USA müsse nun die Leitlinien für die künftige US-Politik festlegen und dabei auch bei der Gestaltung der internationalen Handelspolitik Farbe bekennen, sagt Prof. Dr. James D. Bindenagel. Der frühere US-Botschafter in Deutschland hat heute die Henry-Kissinger-Proessur an der Universität in Bonn inne und sieht sich in den Fußstapfen des großen Außenpolitikers. Kissinger habe immer Vertrauen als Basis zur Aufrechterhaltung einer Weltordnung definiert. Trump müsse nun Vertrauen schaffen, indem er Außen- und Innenpoli-

tik in Einklang bringe. „Wenn Trump versteht, welche Bedeutung ein offenes Handelssystem für die amerikanischen Unternehmen hat, wird er vielleicht seine protektionistische Einstellung ändern“, hofft Bindenagel.

Bei den Verhandlungen für das Freihandelsabkommen TTIP sei in der Kommunikation manches nicht optimal gelaufen, sagt Bindenagel: „Es fehlt ein Kommunikationsprogramm für die Öffentlichkeit.“ Der Experte vermisst Informationen durch Unterhändler und Politiker (einen „Stakeholder Outreach“). Der so genannte kleine Mann sei verges-

sen worden; das haben Trump und andere Populisten aufgegriffen. „Die Wirtschaft darf die Kunden nicht vergessen“, warnt Bindenagel.

TTIP sei seit 1949, also seit der Bildung der Nato, „das wichtigste strategische transatlantische Abkommen“, betont der Beobachter. Effektives Regieren in einer demokratischen Gesellschaft hänge aber davon ab, ob die Wähler ihre Entscheidungen aufgrund korrekter Informationen und nicht von Furcht getrieben treffen können. „In der Debatte über Handelspolitik werden Zahlen, Daten und Fakten oft vernebelt“, sagt Bindenagel,

„aber Chlorhühnchen- und Hormonfleischimporte werden nicht erzwungen, Hygienestandards müssen gewahrt werden.“

Nötig sei vor allem gegenseitiges Vertrauen. „Es bildet nach wie vor das Fundament, auf dem unsere Partnerschaft gegründet“.



Der frühere US-Botschafter in Deutschland, Prof. Dr. James D. Bindenagel, hat heute die Bonner Henry-Kissinger-Proessur inne.

# Politik muss Veränderungen erklären

(jgr) Die Wahl Trumps zum US-Präsidenten stellt Europa erneut vor Herausforderungen, stellt Alexander Graf Lambsdorff fest. Das Mandat, das Abkommen auszuhandeln, gelte weiter. Natürlich sei in der politischen Realität nun alles im Fluss. Widerstand kommt ja nicht nur aus den USA, sondern bekanntermaßen auch aus Europa und hier insbesondere aus dem deutschsprachigen Raum, wie der Politiker beobachtet hat. „Die weitaus große Mehrheit der EU-Staaten

In der internationalen Handelspolitik sei die EU-Kommission weiter zu Verhandlungen bereit, stellt Graf Lambsdorff fest. Das Mandat, das Abkommen auszuhandeln, gelte weiter. Natürlich sei in der politischen Realität nun alles im Fluss. Widerstand kommt ja nicht nur aus den USA, sondern bekanntermaßen auch aus Europa und hier insbesondere aus dem deutschsprachigen Raum, wie der Politiker beobachtet hat. „Die weitaus große Mehrheit der EU-Staaten



Alexander Graf Lambsdorff ist Vizepräsident des Europäischen Parlaments.

will TTIP.“ Doch die Kampagnen der Gegner seien mittlerweile europaweit vernetzt.

Auffallend sei die postfaktische, emotionale Argumentation, sagt Graf Lambsdorff. Dass sie auf fruchtbaren Boden fällt, führt er auf eine starke Verunsicherung in der Bevölkerung zurück. Sie resultiere aus Sorgen um den Arbeitsplatz und die Folgen von Digitalisierung und Zuwanderung und dem Gefühl, der Staat habe die Kontrolle über die Entwicklungen verloren. „Die

Menschen sind bereit, Veränderungen zu akzeptieren, wenn sie das Gefühl haben, dass die Veränderungen kontrolliert geschehen“, ist Graf Lambsdorff überzeugt. Hier müsse man also ansetzen.

Konkret sind die Auswirkungen einer künftigen US-Politik auf die Volkswirtschaften abschätzbar, etwa bei der Frage, was aus der Niedrigzinspolitik wird. Wenn in den USA eine Zinswende kommt, was viele Beobachter erwarten, dann setze das Europa unter Druck,

prognostiziert Graf Lambsdorff. Die Europäische Zentralbank habe mit den niedrigen Zinsen der Politik Zeit für marktwirtschaftliche Reformen erkaufte. Doch vor dem Hintergrund wichtiger Wahlen in Europa stehen derzeit die Chancen für eine angebotsorientierte Politik schlecht. Dennoch müsse spätestens Mitte des kommenden Jahres Schluss mit der Niedrigzinspolitik sein, fordert der Politiker, der die Gefahr von Blasenbildungen steigen sieht.

## Hier sind Sie gut beraten!

Bereits zum achten Mal ist unser hochwertiges Wirtschaftsmagazin „eDel Kapital“ erschienen. Sichern Sie sich jetzt Ihr Exemplar!

Bestellen Sie Ihr persönliches Exemplar der neuen Ausgabe unseres Magazins „eDel Kapital“ unter [edel@rheinische-post.de](mailto:edel@rheinische-post.de) oder 0211 505-2418.



## Zwei sprachig aufwachsen Investition in die Zukunft



ISR-Infotag  
28.01.2017; 14:00 Uhr

- Internationale Schulausbildung vom Kindergarten bis zur 12. Klasse
- International Baccalaureate (IB), in Deutschland anerkannt als allgemeine Hochschulreife
- Akademischer Fokus bestehend aus vier Bausteinen:
  - hoch motivierte und topqualifizierte Lehrkräfte
  - stabiles Umfeld durch geringe Schülerfluktuation
  - regelmäßige Erfolgsmessung, um Lernlücken zu vermeiden
  - enge und kontinuierliche Zusammenarbeit von Eltern und Lehrkräften

Frau Rubino + 49 (0) 2131/40388 -11, -0  
Frau Reimann + 49 (0) 2131/40388 -15, -0  
Konrad Adenauer Ring 2 • 41464 Neuss  
[www.isr-school.de](http://www.isr-school.de)



International School  
on the Rhine

## Die Teilnehmer des RP-Wirtschaftsforums

**AT Parts Germany GmbH** Mehmet Alper Özsevim, Geschäftsführer  
**Bird & Bird LLP** Dr. Alexander Schröder-Frerkes, Rechtsanwalt, Partner  
**Brilliant Sonnergie GmbH** Frank Schu, Geschäftsführer  
**E.I.S. Aircraft GmbH** Wilfried Lethert, Leiter Zoll- und Exportkontrolle  
**Gebr. Otto Gourmet GmbH** Stephan Otto, Geschäftsführer  
**Hebmüller SRS Technik GmbH** Axel Hebmüller, Geschäftsführer  
**h-o-t-phone GmbH** Adem Aydeger, Business Development Manager  
**HSBC Trinkaus & Burkhardt AG** Kirk Vogel, Leiter US-Desk  
**ISR International School on the Rhine gGmbH** Emil Cete, Leiter Oberstufe und Business Direktor  
**IT-HAUS GmbH** Dr. Thomas Simon, Geschäftsführer  
**KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft** Carsten Nölgel, Wirtschaftsprüfer, Partner  
**Laird Controls Europe GmbH** Frank Martin-Vazquez, Geschäftsführer  
**Max Trader GmbH** Jürgen Schüring, Geschäftsführer  
**Model Car World GmbH** Klaus Kiunke, Geschäftsführer  
**Rheinische Post** Tom Bender, Geschäftsführer  
**Thum & Mahr GmbH** Andy Mikutta, Sales Director; Marianne Mahr, Sales Department  
**Popken Fashion Group** Thomas Schneider, Geschäftsführer  
**Verband Spedition und Logistik Nordrhein-Westfalen e.V.** Dr. Rüdiger Ostrowski, Geschäftsführer  
**Frank Sportolari** UPS Deutschland-Chef  
**Bernhard Mattes** AmCham Germany-Präsident  
**John Kornblum** ehemaliger US-Botschafter  
**Alexander Graf Lambsdorff** Vizepräsident des Europäischen Parlamentes  
**Wolfgang Clement** Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen a.D., Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit a.D.  
**Prof. James D. Bindenagel** ehemaliger US-Botschafter, Henry-Kissinger-Professor Universität Bonn  
**Prof. Dr. Thomas Druyen** Vermögensforscher und Zukunftspychologe, Sigmund Freud Privat Universität Wien

Moderation: José Macias



Mehmet Alper Özsevim, AT Parts Germany  
 Dr. Alexander Schröder-Frerkes, Bird & Bird  
 Frank Schu, Brilliant Sonnergie  
 Wilfried Lethert, E.I.S. Aircraft  
 Stephan Otto, Gebr. Otto Gourmet  
 Axel Hebmüller, Hebmüller SRS Technik  
 Adem Aydeger, h-o-t-phone  
 Kirk Vogel, HSBC Trinkaus & Burkhardt

TTIP

# „Die Politik hat zu spät auf Kampagnen reagiert“

VON PATRICK PETERS

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) soll Vorschriften und Regeln der Wirtschaft Europas und der USA langfristig so gestalten, dass sie besser zusammenpassen. Bei den Verhandlungen geht es darum, Zölle und andere Handelsbarrieren im transatlantischen Handel zwischen der EU und den USA abzubauen und die Märkte auf beiden Seiten des Atlantiks stärker zu öffnen.

Doch TTIP ist weder auf der einen Seite des Atlantiks noch auf der anderen ein reines Erfolgsmodell. Die Verhandlungen sind schwierig, und sowohl in den USA als auch in Europa werden dagegen Kampagnen durchgeführt; und auch der neue US-Präsident Donald Trump zeigt de facto kein Interesse an dem Freihandelsabkommen. Jürgen Schüring beispielsweise, Geschäftsführer des Sportgeräthändlers Max Trade, sagt ganz offen beim RP-Wirtschaftsforum „Transatlantische Wirtschaft nach der Wahl“, dass er TTIP in seiner jetzigen Form ablehne. Es sei kein demokratischer Prozess, und Bürgervertrauen gebe es auch nicht.

Hingegen sagt Bird & Bird-Rechtsanwalt Dr. Alexander Schröder-Frerkes, Vorsitzender der regionalen Vertretung NRW der American Chamber of Commerce in Germany, dass TTIP gut für Deutschland sei. „Aber die Politik hat zu spät auf die Kampagnen reagiert“, kritisiert er.

Auf die Kampagnen weist auch Alexander Graf Lambsdorff (FDP) hin, seit 2014 stellvertretender Präsident des Euro-



Beim RP-Wirtschaftsforum „Transatlantische Wirtschaft nach der Wahl“ diskutierten die Experten auch über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP. FOTOS: ALOIS MÜLLER

ropäischen Parlamentes. „Hoch professionelle Kampagnen vor allem linker TTIP-Gegner haben die Handelsexperten aus der Politik auf dem völlig falschen Fuß erwischt. Wir müssen uns alle gegen die reine Emotionalisierung von Themen stellen, die gerade in der neuen postfaktische Zeit Einzug erhalten hat.“



Alexander Dahmen ist Schüler der ISR.

auch die Wirtschaftsverbände sich nicht um die Durchsetzung von TTIP bemüht hätten. „Nur die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hat in aller Öffentlichkeit Einiges unternommen, um gegen die große Mobilisierungskraft der Gegner anzukommen.“ Dass die Befürworter die „Kommunikationshoheit“ verloren hätten, sagt auch Ford Deutschland-Chef und Präsident der American Chamber of Commerce Bernhard Mattes. „Wir müssen aber für den Freihandel mit den USA einsetzen. Die Beziehungen nach Asien sind wich-

### „Viele Meinungen aus erster Hand“

Stellvertretend für die Schüler der International School on the Rhine (ISR) hat Oberstufenschüler Alexander Dahmen am RP-Wirtschaftsforum „Transatlantische Wirtschaft nach der Wahl“ teilgenommen und mitdiskutiert. „Es ist sehr interessant, viele verschiedene Meinungen aus erster Hand und nicht nur über die Medien zu bekommen.“ Die Wahl Donald Trumps habe gezeigt, dass viele Menschen in Umfragen ihre Präferenz nicht nennen würden und dass Prognosen deshalb nicht immer aussagekräftig seien. Alexander Dahmen bestätigt auch, dass die Wahl zu mehr politischem Interesse geführt habe, gerade auch bei Jüngeren – und zwar über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg.

tig, aber keine Kompensation für TTIP.“ Auch Bernhard Mattes kritisiert, dass Emotionen immer öfter die Fakten schlagen würden. Die Experten aus Wirtschaft und Politik beklagen zudem, dass es wieder einen starken Anti-Amerikanismus gebe – von links und von rechts, bei Globalisierungsverlierern und an Universitäten. In dem Zuge macht Wolfgang Clement deutlich, dass die Politik den Bezug zu den Bürgern zu verlieren drohe. „Demokratie und Marktwirtschaft verlieren an Substanz und Kraft.“



Emil Cete, International School  
 Dr. Thomas Simon, IT-Haus  
 Carsten Nölgel, KPMG Rechtsanwälte  
 Frank Martin-Vazquez, Laird Controls  
 Klaus Kiunke, Model Car World  
 Dr. Rüdiger Ostrowski, VSL NRW  
 Jürgen Schüring, Max Trader  
 Professor Dr. Thomas Druyen  
 Andy Mikutta, Thum + Mahr  
 Marianne Mahr, Thum + Mahr  
 Thomas Schneider, Ulla Popken

DISCOVERY SPORT

## ABENTEUER LIEGT IN UNSERER DNA.

ABOVE & BEYOND

Auch wenn die Straße endet: Das Abenteuer geht weiter – mit Terrain Response\* für optimale Traktion. Im Innenraum bieten Ihnen die 5+2 Sitze\* dabei jede Menge Platz für weitere Abenteuer, oder auch bis zu 1.698 Liter zusätzlichen Stauraum. Diese sowie viele weitere Features machen den Discovery Sport zu einem der vielseitigsten Kompakt-SUV. Ab 33.250,00 €\*\*.

landrover.de

3 JAHRE GARANTIE  
MAX. 100.000 KM GEMÄSS GARANTIEBEDINGUNGEN

\*Modellabhängig. Weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrem Land Rover Partner.  
 \*\*UVP ab Lager der Jaguar Land Rover Deutschland GmbH, Am Kronberger Hang 2a, 65825 Schwalbach/Ts.  
 Verbrauchs- und Emissionswerte Discovery Sport 2.0i eD4: Kraftstoffverbrauch (l/100 km) innerorts 5,5, außerorts 4,2, kombiniert 4,7; CO<sub>2</sub>-Emissionen 123 g/km; CO<sub>2</sub>-Effizienzklasse A+. Alle Angaben wurden nach dem Messverfahren RL 80/1286/EWG ermittelt. Abb. zeigt Sonderausstattung.

## Mittelständler bleiben standhaft

Die Unsicherheiten nehmen zu, aber deutsche Mittelständler halten an ihren Auslandsstrategien fest, wie eine repräsentative Umfrage der DZ Bank zeigt.

VON JÜRGEN GROSCHE

Es ist schon erstaunlich, was die Marktforschungsexperten da herausgefunden haben. In einem Jahr, in dem die Welt angeraten scheint, ziehen sich die deutschen Mittelständler nicht aus ihren Auslandsaktivitäten zurück. Im Gegenteil – viele wollen expandieren, und ausgerechnet das von vielen Menschen kritisch beäugte Europa dürfte davon profitieren. „Die Globalisierung ist nicht zurückzudrehen“, kommentiert Uwe Berghaus, Mitglied des Vorstands der DZ Bank, die Umfrageergebnisse. Natürlich entziehen sich die mittelständischen Unternehmenslenker nicht einer realistischen Einschätzung der Lage, Unsicherheit verspüren auch sie. Doch sie bewahren sich offenbar eine eigene Sicht der Dinge. „Die deutschen Mittelständler sind recht gelassen im Umgang mit den politischen Risiken“, wertet Berghaus das Umfrageergebnis, dass nur ein Viertel von ihnen einen Unterschied zu den sonstigen wirtschaftlichen Herausforderungen eines Unternehmers sieht.

„Dementsprechend sind sie auch ziemlich indifferent, wenn es um die in der Politik heiß diskutierten Freihandelsabkommen CETA und TTIP geht“, stellt Berghaus fest, der

die Einschätzungen der Unternehmer auch aus eigenem Erleben kennt. Die DZ Bank pflegt langjährige intensive Geschäftsbeziehungen mit großen Unternehmen und über die Volksbanken und Raiffeisenbanken auch mit den tausenden Mittelständlern an der Basis.

Die Umfrage gibt genau diese Einschätzung wider: Mehr als die Hälfte der befragten Firmenlenker erwartet keine positiven Impulse durch die Freihandelsabkommen; ein weiteres Viertel glaubt nicht einmal daran, dass sie in Kraft treten werden.

„Die politischen Risiken sind den Unternehmern sehr wohl bewusst“, betont Berghaus. Über TTIP hinaus fragen sich die oft global tätigen Mittelständler durchaus, welche Auswirkungen Brexit, Ukraine-Konflikt oder Türkei-Spannungen haben könnten.

Die Unsicherheiten belasten alle im Ausland engagierten Unternehmen. Zum Beispiel Unsicherheiten über wirtschaftliche (71 Prozent) und rechtliche (55 Prozent) Rahmenbedingungen. 44 Prozent fürchten Zahlungsschwierigkeiten und -ausfälle.

Trotz alledem: „Sich aus dem Auslandsgeschäft ganz zu verabschieden, ist keine Option“, wertet Berghaus die niedrigen Zahlen dazu aus der Umfrage: Nur zehn Prozent aller im Ausland engagierten Unternehmen wollen sich aus schwierigen Auslandsmärkten zurückziehen. Von den großen Mittelständlern (50 bis 125 Millionen Euro Umsatz) sogar keiner. Am häufigsten reagieren sie mit Zurückhaltung bei Neuinvestitionen (20 Prozent) auf die po-

litischen und ökonomischen Krisen. Bei von Krisen betroffenen Firmen sieht das etwas anders aus.

Die globale Verunsicherung führt dabei zu einer vielleicht zunächst unerwarteten Wende: Ausgerechnet Europa, das selbst von mancher Krise geschüttelt ist, profitiert von strategischen Neubewertungen: Diejenigen Unternehmen, die daran denken, auf andere Auslandsmärkte auszuweichen, sehen sich vor allem auf dem alten Kontinent um; fast die Hälfte in der EU und ein Viertel im restlichen Europa.

Generell bleiben die Mittelständler global orientiert. Jedes dritte mittelständische Unternehmen hat im vergangenen Jahr die Hälfte des Umsatzes oder mehr im Ausland erwirtschaftet. Knapp die Hälfte (48 Prozent) der mittelständischen Unternehmen mit Auslandsengagement wollen ihre Auslandsaktivitäten in den kommenden drei bis fünf Jahren in ähnlichem Umfang beibehalten. Etwas mehr als die Hälfte (51 Prozent) will das internationale Engagement sogar ausbauen.

Trotz aller Sorgen um eine zunehmende geopolitische Unstabilität, um Abschottungstendenzen und mögliche Folgen für den Welthandel sind 89 Prozent der Mittelständler überzeugt, dass deutsche Unternehmen weiterhin ins Ausland expandieren werden; es werden sich lediglich Verschiebungen in den Märkten ergeben.

„Das Denken in globalen Zusammenhängen ist im deutschen Mittelstand stark verwurzelt“, stellt Uwe Berghaus fest. „Es gibt kein Zurück.“